



Mitglied im:



PRESSEMITTEILUNG des ALV M-V vom 02. November 2017

Studie des ALV M-V belegt positive Wirkung von Beschäftigung

Anlässlich der 20. Tagung des Erwerbslosenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern stellt der Arbeitslosenverband M-V eine Studie vor, die die positive Wirkung von Beschäftigung auf langzeitarbeitslose Frauen und Männer in M-V belegt.

„Der Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern hat in seinen Einrichtungen eine landesweite Befragung von Betroffenen in zwei Wellen durchgeführt, das heißt dieselbe Person wurde im Abstand von drei bis fünf Monaten mittels eines standardisierten Fragebogens befragt. Die Auswertung von 388 gültigen Datensätzen erfolgte über ein statistisches Standardprogramm (SPSS). Es wurden die sozialen Daten der Langzeitarbeitslosen, die Nutzung von Hilfeangeboten, die selbst eingeschätzten Vermittlungshemmnisse sowie die gesundheitsbezogene Lebensqualität der Betroffenen abgefragt.

Im Ergebnis der Befragung können wir feststellen, dass die Teilnahme an Beschäftigungsmaßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) oder dem Bundesfreiwilligendienst eine positive Wirkung auf die psychische Gesundheit der Betroffenen haben. Auch je höher sie selbst ihre Jobaussichten einschätzen, desto positiver wirkt die Beschäftigung. Je höher jedoch die Aussichtslosigkeit eingeschätzt wird, je mehr die Betroffenen resigniert haben, desto geringer ist die positive Wirkung.

Das heißt, sinnvolle, anerkannte Beschäftigung wirkt sich positiv aus und bestätigt unsere Auffassung vom Einstieg in Integration und Teilhabe durch Beschäftigungsmöglichkeiten. Wenn diese durch eine entsprechende Begleitung dazu beiträgt, individuelle Vermittlungshemmnisse abzubauen und lohnenswerte Perspektiven zu eröffnen, dann

kann das ein Schritt in den allgemeinen Arbeitsmarkt sein. Andere Langzeitarbeitslose brauchen ggf. mehr Hilfe und einige dauerhaft. Dies ist aus anderen Studien bekannt.

Der Arbeitslosenverband fordert die Landesregierung und das Bündnis für Arbeit zu einem ehrlichen Dialog über die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auf.

Die jüngste Anhörung im Landtag zu diesem Thema hat viele einhellige Positionen der unterschiedlichen Expertinnen und Experten hervorgebracht, die der Landtag und die Landesregierung nicht ignorieren können.

Wir brauchen Integrationsangebote für die Langzeitarbeitslosen, die arbeiten wollen und können. Darauf sollte sich die Landesregierung konzentrieren. Es kann kein Erkenntnisproblem mehr geben.

Langzeitarbeitslosigkeit ist eine Geißel, der wir nur gemeinsam erfolgreich begegnen können: Politik, Arbeitsmarktakteure und Erwerbslose.

Das 20. Erwerbslosenparlament des Landes und die jüngste Anhörung im Landtag bieten die Gelegenheit, nach 19 Jahren nun endlich gemeinsam nach Auswegen zu suchen.

Ansonsten werden sich Langzeitarbeitslosigkeit und Armut weiter negativ auf das Land auswirken, die Entwicklung des Landes behindern. Wir brauchen einen ehrlichen Dialog darüber und über die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.“

V.i.S.d.P. Jörg Böhm, Tel. 0176 – 20 522 612